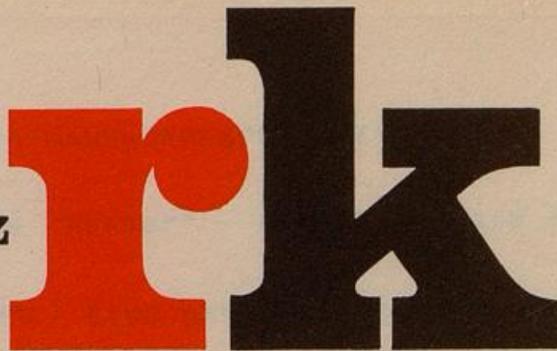


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 19. Oktober 1984

Blatt 2379

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Landtag
(rosa) Wiener Gemeinderat
Absichtliche Falschmeldung des "Kurier" - kein
Smogalarm in Wien
Volksschule und Hort Zedlitzgasse übersiedeln ins
"Grandhotel"
AKH: Die ersten Autos wurden abgeschleppt

Nur

über FS: Brand in Tiefgarage
Bei Rapid-Spiel: Familienkarten für vier Personen
Bürgermeister-Pressegespräch diesmal Donnerstag
Straßenbahnstörung auf der Linie "60"

Absichtliche Falschmeldung des "Kurier" - kein Smogalarm in Wien (1)
=++++

5 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Eine ganz bewußte Falschmeldung - obwohl in Kenntnis der wahren Tatsachen - bringt der heutige "Kurier" (Abendausgabe und mutierte Ausgabe) im Lokalteil:

Unter dem Titel "Smogalarm in Wien - Ämter lahm" beziehungsweise "Smogalarm in Wien ignoriert" wird der Stadt Wien vorgeworfen, nichts gegen einen angeblichen Smogalarm unternommen zu haben. Dies war allerdings mangels Smogbildung auch wirklich nicht geschehen: Es handelte sich nämlich um die Ankündigung einer Inversionswetterlage, nicht aber um Smogalarm.

Der Verfasser des Artikels hat dazu unter anderem im Büro des für Umweltschutz zuständigen Stadtrates Helmut BRAUN angefragt. Dort wurde ihm auch genau erklärt, welche Umstände zu Smogalarm führen (Überschreiten eines Halbstundenmittelwertes von 0,8 mg SO₂ an, mehr als der Hälfte der Meßstellen, in Wien wären dies acht von 14 Meßstellen, und länger als drei Halbstundenmittelwerte hindurch; außerdem keine Änderung der Wetterlage zu erwarten - dies sind die bundesdeutschen Werte für Smogalarm). Zusätzlich wurde ihm ein Gespräch mit dem Luftexperten der MA 22 - Umweltschutz, Dipl.-Ing. LÖFFLER, vermittelt, der ihm genau erklärte, daß bei Eintreten einer Inversionswetterlage zum Beispiel das Fernheizwerk Spittelau verständigt wird, um - falls es nicht ohnehin schon mit schadstoffärmeren Materialien fährt - auf schadstoffarme Brennstoffe umzuschalten. Dies ist eben eine der vorbeugenden Maßnahmen der Stadt.

Zur Frage "Smogalarm" ist außerdem festzustellen, daß der maximale Halbstundenmittelwert bei den Computermeßstellen gestern 0,17 mg SO₂ betrug und lediglich einmal kurz 0,2 mg erreicht wurden. Diese Werte sind also weit vom Grenzwert entfernt. Ferner - auch das wurde dem Redakteur mitgeteilt - ist an Hand der Meßreihen beweisbar, daß in Wien noch nie Smogalarm nötig gewesen wäre. Ebenso ist beweisbar, daß die SO₂ Emissionen in Wien zwischen 1979 und 1983 um fast die Hälfte gesunken sind. Das wurde dem Redakteur ebenso mitgeteilt wie (von der MA 22), daß es sich um "Inversionsalarm" (Verständigung wegen Inversionswetterlage) und nicht um Smogalarm handelte. Der entsprechende Bericht, wie auch der Kommentar auf der Seite 1 des "Kurier", wurden wider besseres Wissen geschrieben, die Stadt Wien erwartet daher eine Richtigstellung. (Forts.) hs/ko

19. Oktober 1984

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 2381

Absichtliche Falschmeldung des "Kurier" - kein Smogalarm in Wien (2)
Utl.: Hatzl: Keine Gefahr durch E-Werke und Heizbetriebe
=++++

6 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Wie Energiestadtrat Johann HATZL dazu mitteilte, werden im Fall einer Inversionswetterlage sowohl die Wiener E-Werke als auch die Heizbetriebe sofort direkt von der Hohen Warte verständigt. Zur Verringerung des Schadstoffausstoßes wird dann die Verbrennung von Heizöl schwer mit zwei Prozent Schwefelgehalt eingestellt und auf einprozentiges Heizöl umgestellt. Diese Verständigung erfolgte auch gestern. Eine Umstellung war jedoch bei beiden Betrieben nicht notwendig: Die Heizbetriebe kamen gestern aufgrund der Bedarfslage mit der Verbrennung von Müll aus, wodurch ein noch geringerer Schadstoffausstoß als bei der Verbrennung von einprozentigem Heizöl entsteht; und die Wiener E-Werke führen nur mit Erdgas, wodurch überhaupt kein Schwefeldioxidausstoß verursacht wird. Dadurch entstand trotz der herrschenden Inversionswetterlage auch keinerlei Gefahr einer Smogbildung. (Schluß) roh/gg

NNNN

Volksschule und Hort Zedlitzgasse übersiedeln ins "Grandhotel"

=++++

14 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und der amtsführende Präsident des Wiener Stadtschulrates, Hans MATZENAUER haben entschieden, daß die acht Klassen und der Hort der städtischen Volksschule in Wien 1, Zedlitzgasse, für acht bis zwölf Monate in das sogenannte "Grandhotel" neben dem Hotel Bristol übersiedeln werden, da die Kinder dieser Schule durch die durch den U-Bahn-Bau bedingte Abtragung der alten Stadtmauer ganz besonderer Belastung durch Körperschall ausgesetzt wären. Die acht Klassen und der Hort werden in Räumlichkeiten untergebracht, die bisher von Abteilungen der Bundesgebäudeverwaltung benützt wurden. (Schluß)
rö/ko

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Gedenken an den verstorbenen Landtagspräsidenten Stemmer

=++++

3 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz des 1. Präsidenten, Günther SALLABERGER (SPÖ), trat der Wiener Landtag am Freitag zu einer Geschäftssitzung zusammen.

Einleitend würdigte Präsident Sallaberger Leben und Wirken des am 13. Oktober verstorbenen Landtagspräsidenten Dr. Wilhelm STEMMER. Stemmer gehörte dem Wiener Landtag von 1945 bis 1973 an und war von 1965 bis 1973 1. Präsident des Wiener Landtages.

Zwtl.: Fragestunde

In der 1. ANFRAGE forderte Landtagsabgeordneter Dr. HIRNSCHALL (FPö) die Vergabe leitender Posten im Schuldienst nach objektiven Maßstäben. Landeshauptmann Dr. ZILK verwies darauf, es sei immer seine Überzeugung gewesen, daß die Besetzung von Positionen nach den entsprechenden Fähigkeiten und den Voraussetzungen wie Qualifikation, Dienstalter, Leistung, Bereitschaft zur Fortbildung und Mitarbeit in pädagogischen Gremien zu erfolgen habe. Er habe auch den Präsidenten des Stadtschulrates ersucht, künftig streng darauf zu achten. Es soll nicht möglich sein, sagte Zilk, daß ein Bürger nur deswegen eine Position bekommt, weil er einer bestimmten Partei angehört. Die Zugehörigkeit zu einer Partei dürfe aber andererseits auch kein Ausschließungsgrund sein.
(Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die 2. ANFRAGE von LABg. Dipl.-Ing. Mag. REGLER (ÖVP), ob durch die von Bautenminister SEKANINA angekündigte Herausnahme der Westeinfahrt zwischen Gürtel und Auhof aus dem hochrangigen Bundesstraßennetz die Kommission zwischen Bund und Stadt Wien zur Untersuchung der Frage der Untertunnelung des Gürtels und der Westeinfahrt hinfällig geworden ist, sagte Landeshauptmann Dr. ZILK, daß das nicht der Fall sei. Ganz im Gegenteil werde man versuchen, im Rahmen der neuen Konstellation zwischen Bund und Stadt Wien das angestrebte Ziel einer Lösung dieser Verkehrsprobleme schneller zu erreichen. Zur Finanzierung durch den Bund gebe es eine verbindliche Zusage Minister Sekaninas.

Auf die 3. ANFRAGE von LABg. WIMMER (SPö), ob die in der letzten Novelle zum Vergnügungssteuergesetz vorgenommene Herabsetzung des Steuersatzes für Bälle zur erhofften Zunahme der Tanzveranstaltungen geführt habe, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR, daß die Zahl der Bälle von 604 in der Saison 1982/83 auf 689 in der Saison 1983/84 gestiegen sei. Erfreulicherweise sei ein besonders starker Anstieg bei den Kleinveranstaltungen zu verzeichnen.

Auf die 4. ANFRAGE von LABg. Margarete DUMSER (SPö), welche Anstrengungen unternommen wurden, um für Wien die Frage der "Subventionierung der Privatschulen" durch den Bund zu lösen, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr, daß 1971 mit den diesbezüglichen Verhandlungen begonnen worden sei. Heute werden bereits 80 Prozent der Gesamtsumme der Privatschulen der Stadt Wien und 100 Prozent der Gehälter am pädagogischen Institut durch den Bund abgegolten, obwohl kein Rechtsanspruch darauf bestehe. Lediglich die Frage der Musiklehranstalten sei auf diesem Sektor noch offen. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die 5. ANFRAGE von LABg. ARTHOLD (ÖVP), welche Auswirkungen die Bundesumweltpolizei für den Wiener Umweltschutz habe, antwortete Stadtrat BRAUN (SPö), sie werde sich für Wien trotz bestehender optimaler Einrichtungen günstig auswirken. Dem ÖVP-Antrag auf Einsetzen eines Umweltschutzanwaltes und Mitwirkung von Umweltorganisationen werde er nicht nähertreten, weil die bestehenden Einrichtungen ausreichen. Die MA 22 werde den Aufgaben der Umweltpolizei gerecht.

Auf die 6. ANFRAGE von LABg. HENGELMÜLLER (SPö), wann der Ausbau des Verkehrsknotens Roßauer-Brücke - Augartenbrücke beendet sein werde, antwortete Stadtrat RAUTNER (SPö), daß die Maßnahmen für Autofahrer und Fußgänger abgeschlossen sind und ergänzende Ausgestaltungsarbeiten bis Juni 1985 fertiggestellt sein werden. Von der Stadtgestaltungsabteilung wurde die Einbindung des neuen Bauwerks in die Umgebung optimal gelöst. (Forts.) and/ap

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die 7. ANFRAGE von LAbg. Robert STRATIL (ÖVP), ob das für Februar 1984 angekündigte Umweltverträglichkeitsgutachten für die B 223 fertiggestellt sei, erklärte StR. RAUTNER, es handle sich dabei um Umweltschutzgutachten zu den sechs bestehenden Trassenvarianten. Die Ergebnisse seien noch für Herbst 1984 zu erwarten, es müsse jedoch berücksichtigt werden, daß auch eine siebente Variante noch erstellt werden könne.

Derzeit gebe es neun Volksschulen, drei Hauptschulen und eine Integrierte Gesamtschule, die als Ganztagschulen geführt werden, beantwortete StR. Ingrid SMEJKAL (SPÖ) die 8. ANFRAGE von LAbg. Otto PRAMEL (SPÖ), welche Schulversuche für 1984/85 in Wien durchgeführt werden. Durch den Schulversuch "Hauptschule 1985" sei es für 27 Wiener Hauptschulen bereits jetzt möglich, sich auf die neue Schulform vorbereitend einzustellen. Durch das Senken der Klassenschülerzahlen in den Hauptschulen und die Bildung von Neigungsgruppen werde versucht, die Hauptschule noch attraktiver zu gestalten. (Forts.) je/ap

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Die 9. ANFRAGE von LAbg. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) hatte die Vereinbarungen, die beim "Wienerwald-Gipfel-Gespräch" getroffen wurden, zum Inhalt. Landeshauptmann Dr. ZILK sagte, daß in dem Spitzengespräch der Landeshauptleute von Wien, Niederösterreich und Burgenland am 5. Oktober grundsätzlich ein klares Bekenntnis zur Erhaltung des Wienerwaldes abgegeben wurde. Dabei wurden sehr ausführlich die Problematik sowie notwendige Maßnahmen definiert und beschlossen, daß Fachleute rasch Vorschläge ausarbeiten sollen. Es sind dies unter anderem Maßnahmen der Forstkultur, gegen die Luftverschmutzung, Fragen der Geschwindigkeitsbeschränkung und des Abfallproblems sowie der Zersiedelung. Die Arbeiten der verschiedenen Fachleute werden durch das Landwirtschaftsministerium koordiniert. (Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Landtag (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Die 10. ANFRAGE richtet sich an Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPö). LABg. FREITAG (SPö) erkundigte sich, wie weit im Gesetz über die Einhebung einer Abgabe auf unvermietete Wohnungen darauf Bedacht genommen wird, daß Hauseigentümer trotz Bemühens eine Wohnung nicht vermieten können. Wenn eine baupolizeiliche Sperre vorliegt, führte Mayr aus, ist der Hauseigentümer von der Abgabepflicht befreit. Anderenfalls ist der Hauseigentümer verpflichtet, die Wohnung binnen sechs Monaten zu vermieten. Sollte sich dies als nicht durchführbar erweisen, bestehe die Möglichkeit, die Wohnung der Stadt Wien zur Vergabe anzubieten. Die Frist wird außerdem auf 18 Monate verlängert, wenn die Bereitschaft bestehe, für eine Wohnung eine Standardverbesserung zu erzielen. (Forts.) lei/ko

Wiener Landtag (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

12 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die 11. ANFRAGE von LABg. Dr. NEUBERT (öVP), ob der Einbau von Strahlenschutzeinrichtungen im Interesse des Zivilschutzes beim Bau der U-Bahn-Linie U 3 berücksichtigt werde, sagte StR. HATZL (SPö), daß dies nicht der Fall sei. Nach seinen Erfahrungen, sagte Hatzl, sind derartige Einrichtungen bei U-Bahnen auch in der Bundesrepublik Deutschland nicht vorgesehen.

Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR gab auf die 12. ANFRAGE von LABg. STRANGL (SPö) bekannt, daß sich die Stadt Wien bemühe, bei den Verhandlungen mit dem Bund das Schienenverbundprojekt entsprechend den Bedürfnissen der Stadtentwicklung zu erweitern. Das betrifft die Verlängerung der U 3 nach Simmering, der U 6 nach Floridsdorf sowie die Errichtung einiger U-Bahn-Stationen und die Verlängerung von Schnellbahnlinien. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Landtag (8)

Utl.: Wiener Naturschutzgesetz 1984

=++++

13 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) StR. Helmut BRAUN beantragte die Annahme des Wiener Naturschutzgesetzes 1984. Das Gesetz beinhaltet eine Reihe von Veränderungen und Anpassungen an den heutigen Stand des Naturschutzes gegenüber dem Naturschutzgesetz 1955. StR. BRAUN bezeichnete die Veränderungen zusammenfassend als Übergehen vom passiven zum aktiven Naturschutz. Der Naturschutz erhalte damit einen neuen Stellenwert in Wien.

Insbesondere tritt an die Stelle des Artenschutzes der umfassende Schutz des Lebensraumes, der erst die Erhaltung bestimmter Arten gewährleistet. Weiters ist in Wien als erstem Bundesland auch die Wiederherstellung der Natur gesetzlich vorgesehen. Der Vorrang des Naturschutzes vor bestimmten anderen Kriterien, so etwa der Bauordnung, gewährleistet ebenfalls einen weitergehenden Schutz als er bisher gegeben war. Neu geregelt werden auch die Überwachung der Einhaltung der Naturschutzvorschriften und die Bestellungserfordernisse für Naturwacheorgane sowie die Kompetenzen der Naturschutzbehörden. Schließlich wird der Begriff des Naturschutzgebietes vereinheitlicht, die Unterteilung in Voll- und Teilnaturschutzgebiete entfällt, da sich der Schutz immer auf die Natur als Ganzes beziehen soll. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (9)

Utl.: Wiener Naturschutzgesetz 1984

=++++

15 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) LABg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ unterstrich den Anspruch der Bürger auf gesunde, intakte Umwelt und die Notwendigkeit, die Bürger über die Bedeutung des Schutzes des Lebensraumes aufzuklären.

Zum Entwurf des Naturschutzgesetzes brachte Pawkowicz zehn Abänderungsanträge ein und beantragte überdies die nochmalige Beratung im Ausschuß. Die ABÄNDERUNGSANTRÄGE betreffen die Erhaltung oder Wiedereinbürgerung geschützter Pflanzen und Tiere, eine Naturschutzanwaltschaft, die Hilfeleistungspflicht von Sicherheitsorganen für Naturschutzorgane, die Befugnisse der Naturschutzorgane, den Umfang der Verschwiegenheitspflicht, Maßnahmen zur Verhinderung strafbarer Handlungen, das Abbrennen von Freiflächen, die Parteistellung des Naturschutzbeirates, die Mitglieder des Naturschutzbeirates und die Vorsitzführung in diesem Beirat. Alle Abänderungsanträge fanden die erforderliche Unterstützung mit den Stimmen der ÖVP. (Forts.) and/ap

Wiener Landtag (10)

Utl.: Wiener Naturschutzgesetz 1984

=++++

16 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Die Natur sei in der Großstadt in Verteidigungsstellung, erklärte LABg. Prof. Dr. WELAN (ÖVP). Das neue Gesetz beinhalte keinen wesentlichen Fortschritt und keine Neuerungen, die nicht auch durch die Novellierung des alten Gesetzes hätten erreicht werden können. Die ÖVP halte reinen "Verbalreformismus" ohne massive flankierende Maßnahmen, ohne konzertierte Aktionen und ohne Notstandsprogramm für den Wald für zu wenig. Im Namen seiner Fraktion forderte Welan in einem ABÄNDERUNGSANTRAG die gesetzliche Verankerung folgender Einrichtungen:

- o einen unabhängigen Naturschutzanwalt
- o eine Naturhaushalts- und Verträglichkeitsprüfung,
- o einen eigenen Naturschutzfonds zur Finanzierung,
- o entsprechende Informationspflicht der Bevölkerung und
- o einen realistischen Naturschutzbericht, der auch Fehler und Mängel aufzeigt.

(Forts.) je/ko

Wiener Landtag (11)

Utl.: Wiener Naturschutzgesetz 1984

=++++

17 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Optimaler Umwelt- und Naturschutz erfordere einen gesellschaftlichen Lernprozeß und eine integrierte Umweltpolitik, erklärte LABg. Dr. HÄUPL (SPÖ). Der Vorrang für Umwelt und Natur sei legitim, jedoch dürfen auch die Wünsche der Wirtschaft und Notwendigkeiten der Arbeitsplatzsicherung nicht negiert werden. Ganzheitliche Lösungen seien anderen Aktivitäten wie einem gesonderten Tierschutz vorzuziehen.

Der Aussage von Prof. WELAN, daß mit Gesetzen alleine die Natur und die Umwelt nicht gerettet werden können, schloß sich Häupl an. Das nun vorliegende Naturschutzgesetz, und insbesondere der operative Teil dieses Gesetzes, stelle jedoch eine wesentliche Grundlage für eine integrierte Umweltpolitik dar.

Stadtrat BRAUN (SPÖ) erklärte in seinem Schlußwort, seine Fraktion sehe im Umweltschutz eine Aufgabenstellung, der sie sich intensiv widmen wolle.

ABSTIMMUNG: 11 eingebrachte Abänderungsanträge der ÖVP und FPÖ wurden mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Das Naturschutzgesetz 1984 wurde in 1. und 2. Lesung mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

(Forts.) lei/gg

Wiener Landtag (12)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

18 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP brachte einen dringlichen Antrag betreffend zehn Maßnahmen zur Rettung des Wienerwaldes, gegen das Waldsterben sowie zur Sicherung der Wiener Trinkwasserversorgung ein.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig zuerkannt.

Im einzelnen fordert die Volkspartei:

1. Ablehnung des Donaukraftwerkes Hainburg, da die Grundwasserversorgung gefährdet und eine funktionierende vollbiologische Kläranlage nicht vorhanden ist.
2. Einstellung der Müllverbrennungsanlage Flotzersteig.
3. Moderne Rauchgasreinigungsanlagen für das Kraftwerk Simmering und für die Müllverbrennungsanlage Spittelau.
4. Umgehende Sanierung von EBS und Hauptkläranlage.
5. Bleifreies Benzin bereits ab 1985 und Steuererleichterung für Katalysatoreneinbau.
6. Mindestens eine Tankstelle mit bleifreiem Benzin in jedem Bezirk ab dem kommenden Jahr.
7. Ebenfalls ab 1985 Ausstattung der gemeindeeigenen Dienstkraftfahrzeuge zum Betrieb mit bleifreiem Benzin und Einbau von Katalysatoren.
8. Verpflichtende periodische Kontrollen der Vergasereinstellung, Schaffung eines "Abgaspickerls".
9. Einführung eines autofreien Tages pro Woche ab Jänner 1985.
10. Eine Informations- und Aufklärungskampagne des PID über Maßnahmen für möglichst umweltfreundliches Fahren.

(Forts.) fk/ko

Wiener Landtag (13)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

19 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) LAbg. Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP) betonte, mit Garantieerklärung allein lasse sich die Umweltproblematik nicht mehr lösen. Der Bau des Kraftwerkes Hainburg bedrohe das Grundwasser. Und gerade in einer Zeit, in der die beiden Hochquellenleitungen dringend saniert werden müssen, fehle dann das Grundwasser aus der Lobau, da nach den Plänen dieses Grundwasserwerk vorübergehend geschlossen werden müßte.

Der Redner verwies darauf, daß im September des Vorjahres Landeshauptmann Dr. Zilk als damaliger Unterrichtsminister bei einem Hainburg-Fest sich klar gegen den Bau des Kraftwerkes Hainburg ausgesprochen habe. "Soll das Wort des Landeshauptmannes heute nichts mehr gelten?" Der Redner kritisierte, daß weder der Landeshauptmann selbst, noch der zuständige Stadtrat bei der Debatte über diesen dringlichen Antrag anwesend sind.

Verkehrsbeschränkungen im Wienerwald allein bezeichnete LAbg. Maier als zu wenig. Im Sinne des Umweltschutzes müßten raschest konkrete Maßnahmen gesetzt werden. (Forts.) fk/ap

Wiener Landtag (14)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

21 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPö) nannte die Schadstoffemissionen von Kraftwerken und Müllverbrennungsanlagen einen entscheidenden Faktor für die Gefährdung des Waldes. Neben der Sanierung der Wiener Anlagen dürfe man jedoch nicht das Kraftwerk Korneuburg und das künftige Kraftwerk Dürnrohr vergessen, das trotz der versprochenen neunzigprozentigen Entschwefelung zwanzig Tonnen Schwefeldioxid täglich und tausende Tonnen Stickoxide pro Jahr ausstoßen werde. Aus diesen Tatsachen lasse sich eine unbedingte Priorität der Wasserkraft ableiten. Hirnschall forderte eine gemischte Kommission von Fachleuten der Bundesländer Niederösterreich und Wien und des Umweltschutzministeriums zur Überprüfung der Schadstoffentwicklung in beiden Bundesländern und die Einleitung sofortiger Maßnahmen im Sinne der noch von Stadtrat Schieder versprochenen Reduktion des Müllanfalles. Im Bereich der EBS seien aufgrund der Vorkommnisse in den letzten Wochen endlich Konsequenzen zu ziehen.

(Forts.) gab/ap

Wiener Landtag (15)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

22 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) LABg. Dr. HAWLIK (ÖVP) betonte, in Österreich seien Waldflächen von der Größe des Burgenlandes geschädigt. Die größten "Wienerwaldkiller" seien die Anlagen auf dem Flötzersteig, in Simmering und der Spittelau sowie der Verkehr.

Hawlik vertrat die Ansicht, mit der Garantieerklärung von Landeshauptmann Dr. Zilk im Zusammenhang mit dem Trinkwasser sollte die Bevölkerung "eingelullt" werden, statt sie über die wahren Umweltprobleme aufzuklären. Der SPö warf er etwa in der Frage des Biospritbetriebs für Dienstkraftwagen mangelnde Koordination vor.

Überdies, meinte Hawlik, stehen die heute in die Tagesordnung des Gemeinderates aufgenommenen Anträge im Zusammenhang mit dem Bau von zwei Kraftwerken im Widerspruch zur Umweltpolitik, denn es sei nicht auszuschließen, daß zu deren Betrieb Kohle verwendet werden solle. Hinsichtlich des Kraftwerkes Hainburg vermißte Hawlik das Vorliegen eines virologischen Gutachtens zur Demonstration der Auswirkungen auf das Wiener Trinkwasser. (Forts.) and/ko

Wiener Landtag (16)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

23 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Die SPÖ betreibe Umweltpolitik als Kunst des Möglichen, erklärte LABg. OUTOLNY (SPÖ). Die ÖVP ignoriere, daß ein guter Teil der Schadstoffe, die den Wienerwald schädigen, aus den Nachbarstaaten nach Österreich gelangten. Seine Fraktion sei sich der gravierenden Probleme bewußt. In keinem anderen Bundesland werden so viele Maßnahmen zum Schutz der Umwelt gesetzt wie in Wien. (Forts.) jel/gg

Wiener Landtag (17)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

24 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Voraussetzung für die Sicherung der Trinkwasserversorgung in Wien sei es, daß Wasser in ausreichender Menge vorhanden ist, führte Stadtrat FÜRST (ÖVP) aus. Wenn es durch den Bau des Kraftwerkes Hainburg zu einer Sperre des Trinkwasserwerkes Lohau kommt, das 20 Prozent des Wiener Wasserbedarfes deckt, sei die Wasserversorgung auch im Hinblick auf das Alter der 2. Hochquellenwasserleitung nicht mehr gewährleistet. Fürst erklärte, daß Landeshauptmann Dr. Zilk gar nicht in der Lage sei, eine Trinkwassergarantie abzugeben, weil entsprechende Unterlagen und Untersuchungsergebnisse nicht vorliegen. Außerdem müßte er auch eine Haftung übernehmen, die ebenfalls nicht gegeben wurde. (Forts.) lei/ap

Wiener Landtag (18)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

26 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Zu den einzelnen Punkten des dringlichen Antrages stellte Stadtrat BRAUN (SPÖ) fest, daß die Stadtverwaltung alles unternehmen werde, um die Trinkwasserversorgung zu sichern, wenn das Kraftwerk Hainburg errichtet werde. Zur geforderten Einstellung der MVA Flötzersteig meinte Braun, hier verwirre die ÖVP durch immer wieder anders lautende Forderungen. Außerdem gebe es für diese Müllverbrennungsanlage standortmäßig keine Alternative. Zur Sondermüllproblematik sagte Braun, Wien strebe eine gesamtösterreichische Lösung an. Die EBS ist derzeit die einzige Anlage in Österreich, die für Sondermüll geeignet ist. Zur Forderung nach bleifreiem Benzin meinte Braun, die ÖMV könne ab April 1985 flächendeckend liefern, ab dann werden auch - sofern dies technisch möglich ist - alle städtischen Fahrzeuge sofort umgestellt. Selbstverständlich werde der PID eine Informations- und Aufklärungskampagne über Maßnahmen für ein möglichst umweltfreundliches Fahren machen, dazu hätte es nicht des dringlichen Antrages bedurft. (Forts.) fk/gg

Wiener Landtag (19)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

27 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) LABg. WORM (öVP) sagte, es gebe trotz seit Jahren wiederholter Versprechen kein Müllkonzept und kein Entsorgungskonzept für Wien. Auch in den von der SPö angekündigten Maßnahmen wie der Sanierung des Flötzersteiges seien gravierende Mängel wie das Fehlen einer Beseitigungsanlage für Stickoxyde zu bemerken. Die von der SPö immer wieder als Verbesserung angeführte Kompensation von Heizöl schwer durch Erdgas bedeute lediglich eine Verschiebung in der Schadstoffpalette. Die SPö schiebe, anstatt wirksame Maßnahmen zu setzen, die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig in die Verantwortung der HBW ab, um sie der Kontrolle des Gemeinderates zu entziehen. (Forts.) gab/ap

Wiener Landtag (20)

Utl.: Dringlicher Antrag

=++++

29 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Der öVP warf Str. HATZL (SPö) Verunsicherungspolitik statt sachlicher Diskussion vor. Die Maßnahmen, die nun von der Stadt Wien gesetzt werden, bedurften nicht der Initiative der öVP, sondern waren bereits seit langem eingeleitet. Hatzl betonte, daß die SO₂-Emissionen der Wiener Kraftwerke zwischen 1980 und 1984 um mehr als die Hälfte gesenkt werden konnten, im nächsten Jahr werden es drei Viertel sein. Die Eigenstromerzeugung ging in den letzten eineinhalb Jahrzehnten zugunsten von Fremdstrombezug von 70 auf 50 Prozent zurück, und der Heizöleinsatz zur Stromerzeugung wurde um 40 Prozent reduziert. Größere Investitionen bei vier Blocks des Kraftwerks Simmering wären unwirtschaftlich, weil sie in Kürze ersetzt werden müssen.

Zu behaupten, kalorische Kraftwerke seien unerträglich und dasselbe auch von Wasserkraftwerken zu sagen, lasse die Frage offen, auf welche Weise elektrische Energie dann erzeugt werden soll, meinte Hatzl. Die Stadt Wien unterstütze den Bau von Hainburg, wenn die Wiener Umweltschutzforderungen erfüllt werden. Hatzl betonte die Bedeutung der Kraft-Wärme-Kupplung und der Fernwärme zur Verringerung der Hausbrandemissionen und verwies darauf, daß der Gesamtanteil kalorischer Kraftwerke an der Stickoxydbelastung österreichweit nur 7 Prozent ausmache. Die Müllverbrennungsanlage auf dem Flötzersteig werde in Ordnung gebracht, die öVP habe jedoch nur die Schließung verlangt, ohne eine Alternative für einen anderen Standort anzubieten.

Der Antrag der öVP wurde anschließend zugewiesen.

Die Landtagssitzung endete um 15.20 Uhr.

(Schluß) and/gg

AKH: Die ersten Autos wurden abgeschleppt

=++++

20 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der gegenwärtig auf dem Areal des Allgemeinen Krankenhauses durchgeführten "Aktion scharf" mußten gestern, Donnerstag, und heute, Freitag, die ersten falsch geparkten PKW abgeschleppt werden. Bei den durch die Magistratsabteilung 48 entfernten acht Fahrzeugen handelte es sich ausschließlich um verkehrswidrig abgestellte PKW. Einige davon hatten die für den Rettungsdienst vorgesehene Einfahrt am Währinger Gürtel blockiert. Laut Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER wird die bereits begonnene Information über diese Aktion durch Hinweistafeln und Flugblätter in der kommenden Woche verstärkt fortgesetzt. (Schluß) zi/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

30 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Anschließend trat der Wiener Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Aufgrund der Informationen und Gespräche mit Fachleuten halte er seine abgegebene Garantie für das Wiener Trinkwasser nicht für verfrüht, erklärte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK auf die 1. ANFRAGE von GR. ARTHOLD (ÖVP). Die Vorhaben zur Sicherung des Trinkwassers im Zusammenhang mit dem geplanten Bau des Donaukraftwerkes Hainburg seien bekannt.

Auf die 2. ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), wie der nach der Sanierung der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig anfallende Giftschlamm der Rauchgasreinigungsanlage behandelt werde, führte Stadtrat Braun (SPÖ) aus: Der Giftschlamm werde in einer Neutralisations-, Fällungs-, Flockungs- und Sedimentationsstufe gereinigt und in einer Kammerfilterpresse entwässert. Der nach der Entwässerung verbleibende Filterkuchen werde am Rautenweg deponiert. (Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

31 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Derzeit können Patienten in fünf Wiener Krankenanstalten zwischen verschiedenen Menüs wählen beantwortete Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) die 3. ANFRAGE von GR. Elisabeth SCHINDLER (SPÖ). Derzeit wird überprüft, ob dies auch im AKH, im Pflegeheim Lainz und im Franz-Josefs-Spital durchführbar ist. Fernziel sei es, so Stacher, den Patienten in allen städtischen Krankenhäusern die Möglichkeit zu geben, zwischen zwei Menüs zu wählen, sofern nicht von einem Arzt eine bestimmte Diät verordnet wurde.

Auf die 4. ANFRAGE von GR. FREITAG (SPÖ), wieviele Lehrlinge im heurigen Herbst bei den Wiener Stadtwerken ihre Ausbildung begonnen haben, sagte Stadtrat HATZL (SPÖ), daß es insgesamt 122 junge Menschen sind, die in sieben verschiedenen Lehrberufen ihre Ausbildung begonnen haben. So wie in der Vergangenheit werden diese Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit damit rechnen können, weiter bei den Wiener Stadtwerken Beschäftigung zu finden. (Forts.) lei/ap

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

32 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) GR. STRATIL (ÖVP) wollten in der 5. ANFRAGE wissen, wieviel in den Jahren 1982/1983 zur Sanierung der Mülldeponie Rautenweg aufgewendet wurde. Stadtrat BRAUN (SPÖ) gab die Ziffern bekannt: 1982 nichts, 1983 990.000 Schilling, 1984 4,3 Millionen Schilling. In den kommenden zwei Jahren werden 220 Millionen zur Sanierung aufgewendet, sagte Braun. Er könne heute nicht sagen, ob eine Erhöhung der Müllgebühr in den kommenden Jahren ausgeschlossen werden kann. In absehbarer Zeit sei eine solche jedenfalls nicht geplant.

Die 6. ANFRAGE von GR. Ing. WORM (ÖVP), ob die Geschäftsgebarung der EBS der letzten Jahre aufgrund des "Altöl-Skandals" bereits genau untersucht wurde verneinte Stadtrat BRAUN. Eine genaue Prüfung sei nicht ausgeschlossen, derzeit untersuche die Staatsanwaltschaft. An eine Suspendierung des derzeitigen Leiters der EBS sei vorerst nicht gedacht, das hänge von den Ergebnissen der staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen ab, sagte Braun. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

33 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die 7. ANFRAGE von GR. SEVCIK (SPÖ), wie sich derzeit die Tarifarten der Wiener Verkehrsbetriebe aufteilen, sagte StR. HATZL (SPÖ), daß mit 75.000 Jahresnetzkarten, 100.000 Monatsnetzkarten und 100.000 Wochenkarten rund drei Viertel der Fahrgäste Netzkarten benutzen, wobei die Tendenz noch steigend ist. Der Anteil der Vorverkaufsfahrscheine beträgt 16 Prozent, der der Schaffnerkarten 1 Prozent. 7 Prozent entfallen auf sonstige Fahrausweise.

Auf die 8. ANFRAGE von GR. SCHMIDTMEIER (SPÖ) nach den Investitionsschwerpunkten der Wiener Heizbetriebe im Wirtschaftsjahr 1984/85 nannte StR. HATZL eine Reihe neuer Fernwärmeleitungen, darunter eine zur ÖMV zur Nutzung der Abwärme der Raffinerie, sowie die Rauchgasreinigung in der Müllverbrennungsanlage Spittelau und die Arbeiten in der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig. Der Investitionsbetrag, der durch diese Arbeiten in die Wirtschaft fließt, beträgt rund 3,5 Milliarden Schilling.

Auf die 9. ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Maßnahmen er bei der Geschäftsleitung der EBS aufgrund der vorliegenden Untersuchungsergebnisse ergreifen werde, sagte Stadtrat BRAUN, daß er zunächst die Ergebnisse der staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen abwarten werde, was die personalbezogenen Entscheidungen betreffe. An organisatorischen Maßnahmen ist eine Änderung der Kontrollmaßnahmen und der Ausschreibungsmodalitäten vorgesehen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

34 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Eveline ANDRLIK (SPÖ) nach dem Ergebnis der Betriebsrevisionen bei Frühjahrs- und Herbstmesse durch das Marktamt, antwortete StR. Friederike SEIDL (SPÖ), daß bei der vergangenen Herbstmesse 62 und bei der (kürzeren) Frühjahrsmesse 43 Revisionen durchgeführt wurden, die auch einige Anzeigen und Organstrafverfügungen brachten. Die Beanstandungszahlen gehen zurück, was StR. Seidl einerseits auf besseren Absatz der zu prüfenden Produkte, andererseits auf den Erfolg der Revisionen zurückführt.

Auf die 11. ANFRAGE von GR. Ing. MANDAHUS (ÖVP), weshalb kein Kostenlimit bei der Generalsanierung des Stadions in der Vereinbarung mit dem Bund festgelegt wurde, antwortete Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), die getroffene Lösung sei für Wien günstiger. Mit dem Bund ist eine Kostenteilung je zur Hälfte vereinbart, der Vertrag lasse eine Überschreitung des angesetzten Limits zu. Berechnungen haben ergeben, daß der Neubau dreimal so viel wie eine Renovierung kosten würde. Angebote zeigten, daß mit den veranschlagten Renovierungskosten das Auslangen gefunden werden dürfte.

Auf die 12. ANFRAGE von GR. NEUMANN (ÖVP), ob der Vertrag mit arabischen Geldgebern für das österreichische Konferenzzentrum eine Modifikation des Syndikatsvertrages zwischen Bund und Stadt Wien notwendig mache, antwortete Vizebürgermeister MAYR, daß die Finanzierungsvereinbarung eine Kostenteilung im Verhältnis 65 zu 35 zwischen Bund und Stadt Wien vorsehe. Dies sei für die Stadt Wien verbindlich, sie werde, unabhängig von anderen Vereinbarungen, diesen Verpflichtungen aus dem IAKW-Vertrag nachkommen. (Forts.)
and/ap

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

35 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Für die nächste Zeit werde die Revitalisierung und Instandsetzung von 260 Wohneinheiten nach dem Beispiel 3, Rasumofskygasse, vorbereitet, erklärte Stadtrat HOFMANN auf die 13. ANFRAGE von GR. BROSCHE (SPÖ). Es handelt sich dabei um die Objekte 8, Lenaugasse 19, 9, Lazarettgasse 6, 8, 10 und 14, Thalhalmergasse 33, 35, 37 und 39. Durch die günstigere Finanzierung bei Standardverbesserungen durch die Wohnbauförderung seien die Mietkosten geringer als bei der Instandsetzung nach § 18 Mietrechtsgesetz.

Auf die 14. ANFRAGE von GR. VEJTIŠEK (SPÖ) antwortete StR. HOFMANN, bisher hätten 182 Mieter beziehungsweise Mietergruppen Einsicht in die Mietenabrechnung 1983 verlangt. Gegenüber 1982 bedeutet dies einen Rückgang. (Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Verwaltungsübereinkommen mit den E-Werken

=++++

36 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) beantragte den Abschluß von Verwaltungsübereinkommen zwischen der Stadt Wien und den Wiener E-Werken betreffend die Übertragung von Liegenschaften in Simmering und in Aspern.

GR. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) brachte zwei GEGENANTRÄGE ein, die die Verwendung der für den Ankauf notwendigen Mitteln für den Einbau von Rauchgasreinigungsanlagen im Kraftwerk Simmering zum Inhalt haben, da die Grundstücke ohnehin im Besitz der Stadt Wien seien. Zudem brachte Regler einen BESCHLUSSANTRAG ein, daß in Zukunft in Wien kein Kraftwerk auf Kohlebasis betrieben wird.

GR. HIRSCH (SPÖ) stellte fest, daß an den Bau eines Kohlekraftwerkes nicht gedacht sei. Die Übertragung der Grundstücke an die E-Werke sei deshalb notwendig, weil der Platz für Garagen, Werkstätten, Magazine usw. benötigt werde.

ABSTIMMUNG: Die Gegenanträge wurden mit Stimmenmehrheit abgelehnt, der Beschlusantrag dem zuständigen Ausschuß zugewiesen. Beide Geschäftsstücke wurden mit Stimmenmehrheit genehmigt. (Forts.)
lei/gg

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Liesingtal-Sammelkanal

=++++

37 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HAUPL (SPÖ) stellte den Antrag, 141 Millionen Schilling zum Bau des Liesingtal-Sammelkanals zu genehmigen.

GR. FREINBERGER (SPÖ) verwies darauf, daß damit eine wesentliche Verbesserung der Wasserqualität der Donau unterhalb von Wien erreicht werden kann. Der Liesingtal-Sammelkanal entsorgt den Südrand Wiens und Perchtoldsdorf. Der Kanal wird baulich so ausgelegt, daß die Auflassung der Kläranlage Blumental berücksichtigt ist.

Seitens der ÖVP begrüßte GR. Dr. Peter MAYR die Investition. Gleichzeitig urgierte Dr. Mayr eine Sanierung des Liesingbaches. So erfreulich diese Investition sei, so sei es bedauerlich, daß das gesamte Wiener Kanalsystem desolat ist. Er vermisse ein Sanierungskonzept mit Bau- und Finanzierungsplänen.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

(Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Verpachtung der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig an HBW
=++++

38 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPö) beantragte die Verpachtung der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig an die Heizbetriebe Wien.

GR. Dr. PAWKOWICZ (FPö) sagte, er halte den Pachtvertrag für sinnvoll, er sei jedoch gegen den inkludierten Müllbeseitigungsvertrag, da dieser dem Gedanken der Müllvermeidung und -Sortierung widerspreche.

GR. Ing. RIEDLER (SPö) sagte, wegen der langen Anlaufzeit für die Maßnahmen der Müllvermeidung sei der Müllbeseitigungsvertrag in der Größenordnung von 400.000 Tonnen jährlich notwendig. Der gesamte Vertrag diene einer sinnvollen Müllentsorgung und dem weiteren Fernwärmeausbau. Das Rinterzelt werde zur Sperrmüllsortierung weiterbenützt werden. Eine Beseitigung der Stickoxyde sei nicht notwendig, da diese bei den niedrigen Temperaturen in den Müllverbrennungsanlagen nur in geringer Menge anfielen.

GR. Ing. WORM (öVP) wandte ein, die Maßnahmen rund um den Flötzersteig seien in dieser Größenordnung ohne Prüfung von Alternativen und ohne Gesamtkonzept für die Entsorgung nicht zu befürworten. Eine Stickstoffentsorgung sei sehr wohl notwendig. Ebenso müßten verstärkte Bemühungen zur Vorsortierung und zur Einsparung von Müll getroffen werden.

GR. FREINBERGER (SPö) sagte im Schlußwort, daß es sehr wohl ein Gesamtkonzept für die Müllentsorgung gebe, das Problem werde zudem laufend diskutiert.

ABSTIMMUNG (getrennt): Verpachtung der Müllverbrennungs-
anlage Flötzersteig an die HBW:
mit den Stimmen der SPö und FPö
angenommen.
Müllbeseitigungsvertrag und Be-
zahlung des Müllentgeltes: mit den
Stimmen der SPö angenommen.

(Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Bauzeit- und Kostenplan für U 3 und U 6

=++++

39 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) StR. HATZL (SPÖ) legte einen Bericht über den Stand der Planungen und Bauarbeiten für U 3 und U 6 vor. 1991 wird die U 3 bis zum Volkstheater fahren, 1993 bis zum Kardinal-Rauscher-Platz. Anschließend wird sie in den 16. Bezirk verlängert werden. Die U 6 wird ab Herbst 1989 zwischen Heiligenstadt und Philadelphiabrücke verkehren und ein Jahr später nach Siebenhirten verlängert. Bei der U 6 gibt es also wegen der verspäteten Entscheidung über die Einbeziehung der Otto-Wagner-Brücke über das Wiental eine Verzögerung. Es wird auch eine neue Station Michelbeuern und Aufzüge bei den Gürtelstationen geben. Auf Preisbasis Mai 1984 wird die U 6 insgesamt 7,3 Milliarden, die U 3 22,3 Milliarden kosten.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) verwies auf die Gefahr eines wirtschaftlichen Ruins von Geschäftsleuten in Straßen, wo in Schlitzbauweise gebaut wird. In der Mariahilfer Straße sei die Möglichkeit noch offen, diese "verfehlte Bauweise" zu vermeiden. Nochmal überdacht werden sollte die Anbindung des Messepalastes an die U 3.

GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP) betonte, es sei erfreulich, daß die U 6 nun rascher als ursprünglich geplant bis Siebenhirten verlängert wird. Rasch zu lösen seien jetzt die Fragen der Bauweise in der Mariahilfer Straße, die Kreuzung von U-Bahn, Gürteluntertunnelung und Westeinfahrt im Bereich des Westbahnhofes sowie der Be- und Entlüftungseinrichtungen im Bereich der Wallnerstraße, und es sei ungünstig, Verkehrsumleitungen mit der gleichzeitigen Schaffung verkehrsberuhigter Zonen zu kombinieren. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Bauzeit- und Kostenplan für U 3 und U 6

=++++

40 Wien, 19.10. (RK-KOMMUNAL) Jede vollendete Arbeit im U-Bahn-Bereich in Wien habe zur Verschönerung des Stadtbildes beigetragen, erklärte GR. HENGLMÜLLER (SPÖ) und meinte, der U-Bahn-Bau sei zum Motor der Wiener Stadterneuerung geworden.

Die Entscheidung über die Bauweise werde nach technischen und finanziellen Gesichtspunkten getroffen, betonte StR. HATZI in seinem Schlußwort.

ABSTIMMUNG: Einstimmig zur Kenntnis genommen.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 19.05 Uhr.

(Schluß) je/ko

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN